Ostland

Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 M. **Einzelnummer** 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4gespaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 10. | Berlin, 10. März 1934. | 15. Jahrg.

Geistige und wirtschaftliche Annäherung an Polen.

Mit dem deutsch-polnischen Verständigungspakt, mit der Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der öffentlichen Meinungsbildung und dem Abkommen über den Wirtschaftsfrieden ist das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen sowohl auf politischem wie auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete auf eine neue, gesunde Grundlage gestellt. Erreicht werden konnte das nur, weil auf beiden Seiten Männer an der Regierung sind, deren politisches Denken niemals in die Zwangsvorstellungen des Versailler Systems eingespannt war. Ohne sie wäre wohl die Absicht der Pariser Diplomatie, Deutschland und Polen in dauernder Gegnerschaft zueinander und damit in ständiger Abhängigkeit vom Quai d'Orsay zu halten, in Erfüllung gegangen. Die durch gemeinsame Initiative errungene Eigengesetzlichkeit des außenpolitischen Handelns ist für Deutschland wie für Polen ein zu wertvoller Gewinn, als daß er durch die Faktoren der öffentlichen Meinungsbildung in einem der beiden Länder — sei es böswillig oder durch Fahrlässigkeit — wieder aufs Spiel gesetzt werden dürfte. Eine politische Verständigung steht, selbst wenn sie wirtschaftlich untermauert wird, immer auf einer recht brüchigen Basis, solange sie von der Öffentlichkeit der beteiligten Länder nicht verstanden oder gar abgelehnt wird.

Hier, in der Vereinigung der geistigen Atmosphäre zwischen Deutschland und Polen, liegt zunächst der Hauptteil der jetzt zu leistenden Arbeit. Man darf wohl sagen, daß die deutsche Seite an diese neue Arbeit nicht unvorbereitet herantritt. Die Gedanken, die der Führer zum erstenmal in seiner großen Reichstagsrede im Mai v. J. als maßgebend für die deutsche Einstellung zu Polen bezeichnet hat, sind von der deutschen Öffentlichkeit verstanden und anerkannt worden. Die Generation, die mit dem Nationalsozialismus in Deutschland zur Macht gelangt ist, besitzt zum Osten ein anderes Verhältnis als die, deren Politik vom Gedankengut des Liberalismus bestimmt war. Sie lehnt jede überhebliche oder feindliche Absonderung von den Ostvölkern ab. Sie sieht, daß hier wie dort um die Lösung derselben Probleme gekämpft wird, daß sich hier wie dort eine Befreiung aus der politischen und geistigen Überfremdung durch das Gedankengut der französischen Revolution vollzieht, und daß es auf beiden Seiten darum geht, Mensch und Wirtschaft, Staat und Volk in ein neues Verhältnis zueinander zu bringen. Sie erkennt, daß Deutschland und seine östlichen Nachbarn diese geistigen, politischen und wirtschaftlichen Fragen in ihrer eigenen Weise zu beantworten haben, die sich sehr wesentlich sowohl vom westlich-demokratischen wie vom faschistischen und bolschewistischen Denken abhebt.

In dieser Richtung ist die deutsch-polnische Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der öffentlichen Meinungsbildung ein erster Versuch. Der Möglichkeiten für eine solche Zusammenarbeit bieten sich viele. Auf dem Gebiete des Rundfunks z. B. ist daran gedacht, einen Programmaustausch zwischen den deutschen und polnischen Sendegesellschaften in die Wege zu leiten. So werden musikalische und andere künstlerische Darbietungen der Sender des einen Landes im Rundfunkprogramm des anderen Aufnahme finden. Dasselbe wird der Fall sein hinsichtlich bedeutsamer Reden führender Männer, die also die Möglichkeit haben werden, über politische, kulturelle und andere Fragen ihrer Nation zu den Hörern beider Länder zu sprechen. Schließlich werden auch die großen Staatsakte in Deutschland und Polen, diese stärksten Manifestationen des politischen Willens, gemeinsam beiden Völkern durch Rundfunk übermittelt werden. Daß auf diese Weise sehr viel für die Erkenntnis des Nationalsozialismus in Polen und umgekehrt auch für das Verständnis des neuen Polen in Deutschland getan werden kann, liegt auf der Hand.

Ähnliche Möglichkeiten sind auf dem Gebiete des Lichtspielwesens vorhanden. Zunächst müssen hier in taktvoller Weise die Filme vermieden werden, die eine beleidigende Tendenz gegen den Nachbarn enthalten oder geeignet sind, durch gehässige Ausfälle dessen Nationalgefühl zu verletzen — wie das Deutschland gegenüber bei einer Reihe von französischen und amerikanischen Filmen der Fall gewesen ist, die im Laufe der letzten Jahre auch in Polen aufgeführt wurden. Zugleich haben auch die Beschränkungen zu fallen, denen die Aufführungen von Filmen des einen Landes in den Lichtspieltheatern des anderen Landes zum Teil noch ausgesetzt sind. Das gilt insbesondere für die deutschen Tonfilme in Polen, deren Verbot im Zusammenhang mit der Verschärfung des Zollkrieges vor einigen Jahren und unter dem Druck chauvinistischer Elemente erfolgt war. Deutschland hat, was die deutsch-polnische Annäherung auf dem Gebiete des Films anbelangt, schon beachtliche Vorarbeit geleistet: Man denke z. B. an die Verfilmung des Sienkiewiczschen Romanes „Quo vadis?“ und an „Die singende Stadt“, einen Film, der den Namen Jan Kiepuras in der ganzen Welt bekannt gemacht hat, oder an den neuen Kiepura-Film, der zur Zeit in der Ufa hergestellt wird, oder an den Chopin-Film, der gegenwärtig gleichfalls von einer deutschen Filmgesellschaft gedreht wird. Was für den Film gilt, gilt auch für das Theater. So hat z. B. die kürzlich erfolgte Inszenierung von Schillers „Maria Stuart“ in Warschau gezeigt, daß die Aufführung deutscher Bühnenstücke nicht nur ein Geschäft für die polnischen Theater ist, sondern auch dem — bisher nur unterdrückten — Wunsch des kunstfreudigen polnischen Theaterbesuchers entspricht.

In erster Linie wird sich die geistige Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen auf die Presse, dieses wichtigste Instrument der öffentlichen Meinungsbildung, erstrecken. Diese Zusammenarbeit hat zunächst einmal vor allem negativer Natur zu sein. Das heißt, ihr erstes Ziel hat es zu sein, darauf hinzuwirken, daß in der Presse beider Länder Berichterstattungen unterbleiben, die geeignet sind, Haßinstinkte zu erregen und neue Spannungen zu schaffen. Wenn im Gefolge der jetzigen Vereinbarung die Verbote aufgehoben werden, die in Deutschland gegen einige polnische und in Polen gegen eine Anzahl deutscher Zeitungen bestehen, so geschieht das in der Voraussetzung, daß sich diese Blätter um eine zu keinen neuen Beanstandungen Anlaß gebende Berichterstattung bemühen. Die Aufhebung des Verbotes ist z. B. für den Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ kein Freibrief für eine Wiederaufnahme seiner früheren Hetze, derentwegen seinerzeit das Verbot erfolgte. Polnische Blätter, so u. a. das genannte Krakauer Blatt, haben in letzter Zeit wiederholt bestätigt, daß sich die deutsche Presse Polen gegenüber durchaus korrekt verhält. Umgekehrt läßt sich dasselbe vom Verhalten der polnischen Presse gegenüber Deutschland noch nicht ohne wesentliche Einschränkungen behaupten. Die polnische Regierungspresse schreibt, wie zugegeben werden muß, über Deutschland im allgemeinen in durchaus anständiger Form. Aber die oppositionellen sowie vor allem die marxistischen jüdischen Blätter in Polen

fallen auch heute noch immer wieder in den alten Ton übler Hetzjournalistik zurück. Die von Zeit zu Zeit sich wiederholenden Zusammenkünfte deutscher und polnischer Vertreter, wie sie in der Vereinbarung über die geistige Zusammenarbeit vorgesehen sind, werden vielleicht dazu beitragen, auch diesen Mangel an Disziplin, der sich mit einer autoritären Staatsführung nicht vereinbaren läßt, mehr und mehr zu beheben. Nach den Vorschlägen zur „moralischen Abrüstung", die der frühere polnische Außenminister Zaleski vor Jahren einmal in Genf gemacht hat, sollten sich die einem solchen Abkommen beitretenden Staaten verpflichten, durch nationale Gesetze diejenigen Personen mit Strafen zu belegen, die gegen den Gedanken der Völkerversöhnung verstoßen. Irgendeine Vereinbarung dieser oder ähnlicher Art ist zwischen Deutschland und Polen nicht getroffen worden; und sie erübrigt sich auch, wenn beide Teile im Sinne einer ehrlichen Verständigung handeln. Wahrscheinlich und durchaus wünschenswert ist es, daß sich die Berichterstattung der deutschen Presse über Polen wie auch der polnischen Presse über Deutschland verstärken wird, daß die Presse jedes der beiden Länder mehr als bisher Wert darauf legen wird, auch über die Tatsachen und Fragen des Nachbarlandes zu unterrichten, die sie bisher bei ihrer übermäßigen Inanspruchnahme durch rein politische, insbesondere grenzpolitische Dinge mehr oder weniger unbeachtet gelassen hat. Namentlich wird die Einlenkung des deutsch-polnischen Wirtschaftsverhältnisses in geordnete Bahnen zu einer derartigen sachlichen Erweiterung der beiderseitigen nationalen Nachrichtendienste beitragen.

Zur geistigen Zusammenarbeit gehört auch eine Fühlungnahme auf dem Gebiete des Schrifttums. Hier sei zunächst daran erinnert, daß in Polen eine größere Anzahl deutscher Bücher verboten sind, die, wie Hitlers „Mein Kampf" oder Rosenbergs „Mythus", grundlegende Werke des Nationalsozialismus sind. Es versteht sich von selbst, daß eines der ersten Erfordernisse einer geistigen Zusammenarbeit die Aufhebung dieser Verbote sein muß. Es wird sich in einem Staat, der nicht voll und ganz von einem Willen beseelt ist, naturgemäß nicht leicht vermeiden lassen, daß Bücher und Broschüren erscheinen, die, im Gegensatz zu Richtung und Ziel der Politik der Regierung, Angriffe gegen den Nachbarn enthalten. Es ist keineswegs daran gedacht, auf die Behandlung der strittigen Probleme in Zukunft überhaupt zu verzichten, sondern nur daran, unangebrachte Schärfen in ihrer Behandlung zu vermeiden. Hier läßt sich schon durch die bloße Aussicht auf Beschlagnahme und Verbot eine sehr wesentliche Entgiftung des neu herauskommenden Schrifttums erreichen. In der polnischen Presse ist mehrfach festgestellt worden, daß die Schaufenster der Buchhandlungen in Deutschland von der „polenfeindlichen Literatur gesäubert" worden sind. Gemeint ist damit offenbar in erster Linie die Grenzrevisionsliteratur. Wenn die Buchhandlungen in Polen eine entsprechende Säuberung ihrer Schaufenster vornehmen wollten, dann müßte die polnische Deutschland-Literatur wohl ziemlich restlos aus den Auslagen verschwinden — nicht nur die politische, sondern zum Teil auch die sogenannte wissenschaftliche Literatur, die sich mit Deutschland befaßt. Die Art, in der in den polnischen Büchern und Broschüren z. B. vom Deutschen Ritterorden oder von Friedrich dem Großen oder von Bismarck gesprochen zu werden pflegt, ist derart beleidigend, und die Art, in der z. B. die mittelalterliche Kolonisation des deutschen Volkes dort behandelt oder die preußische Ostmarkenpolitik der Vorkriegszeit verzerrt dargestellt wird, ist derart verletzend, daß eine etwaige Fortsetzung einer publizistischen Tätigkeit dieser Art als unvereinbar mit dem Sinn der deutsch-polnischen Verständigung aufs schärfste verurteilt werden müßte. Daß in Deutschland keine Schriften erscheinen, die eine unnötige Schärfe gegen Polen aufweisen, dafür sorgt der Wille des Führers. Wie sich die Dinge in Polen in dieser Hinsicht entwickeln werden, bleibt zu erwarten.

Von einer wirklichen geistigen Annäherung zwischen Deutschland und Polen kann keine Rede sein, solange die deutschen Volksgruppen jenseits der Grenze von ihr ausgeschlossen bleiben, d. h. solange ihnen durch die Behinderung ihres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens die vertrauensvolle Annäherung an das polnische Staatsvolk verwehrt wird. Gerade die Deutschen in Polen, die zu einem verhältnismäßig hohen Prozentsatz den gebildeten Schichten angehören, sind dazu geeignet, Schrittmacher und erste Vermittler einer deutsch-polnischen Annäherung zu sein. Man scheint sich in Polen gar nicht im klaren darüber zu sein, wie sehr man sich selber durch die Bedrückung der Deutschen geschadet hat. Eine Befriedigung ihrer Wünsche, die niemals über den Rahmen dessen hinausgingen, was Polen ohne Gefahr für seine Sicherheit und sein Ansehen hätte gewähren können, hätte für Polen eine moralische Kapitalanlage in Deutschland gebildet, die reichlich Zinsen abgeworfen hätte. Wenn die Deutschen in Polen einmal Grund haben werden, zu sagen: „Wir werden hier nicht mehr als Bürger zweiter Klasse behandelt," dann ist damit einer der wichtigsten Schritte zu einer Annäherung zwischen Deutschland und Polen getan. Wenn Polen diese innere Fühlungnahme mit den unter seiner staatlichen Hoheit lebenden Deutschen anstrebte, dann würde es damit nur den besten Traditionen seiner Könige folgen, die ihrem Lande dadurch am sichtbarsten dienten, daß sie deutsche Bürger und Bauern herbeiriefen und diesen alle völkischen Freiheiten und wirtschaftlichen Rechte gewährten; dann würde es damit nur dem Beispiele Kasimirs des Großen nacheifern, der seinen ehrenden Beinamen letzten Endes dem Weitblick verdankt, mit dem er die kulturschöpferischen und staatsaufbauenden Kräfte deutschen Menschentums in den Dienst seines Landes zu stellen verstand. Diese Auffassung, die im fremdnationalen Bevölkerungsteil eine gleichberechtigte Volksgruppe achtet, unterscheidet sich wesentlich von der in der liberalistisch-demokratischen Gedankenwelt wurzelnden und im Genfer System verankerten Auffassung, die im fremdnationalen Bevölkerungsteil eine „Minderheit" sieht, die von vornherein als ein gefährlicher und daher zu beseitigender Fremdkörper gilt.

Wenn Deutschland eine geistige Annäherung an seinen östlichen Nachbarn anstrebt, so hält es dabei fern von jeder Romantik und Übertreibung. Die Erfahrungen, die es während der letzten anderthalb Jahrzehnte hat sammeln können, sind wohl geeignet, es vor einem Rückfall in die verstiegene Polenschwärmerei, die es sich vor 100 Jahren einmal geleistet hat, zu bewahren. Es betrachtet sein Verhältnis zu Polen mit nüchternen Augen. Es will keine Polenlieder, sondern eine Normalisierung seiner Beziehungen zu dem größten seiner östlichen Nachbarn. Durch das Wirtschaftsprotokoll, das am 7. März unterzeichnet worden ist und schon am 15. März in Kraft treten soll, wird auf wirtschaftlichem Gebiete ein normaler Zustand zwischen Deutschland und Polen geschaffen — zum ersten Male, seitdem Polen besteht! Denn bis 1925 war die handelspolitische Bewegungsfreiheit Deutschlands seinen ehemaligen Kriegsgegnern, auch Polen, gegenüber durch das Versailler Diktat eingeengt; und seit dem hat zwischen Deutschland und Polen ein fast neunjähriger handelspolitischer Kriegszustand geherrscht. Diese Tatsache, daß es zwischen den beiden Ländern bisher überhaupt noch keine normalen Wirtschaftsbeziehungen gegeben hat, macht es verständlich, daß jetzt nicht mit einem Male ein vollkommener Handelsvertrag zustande gebracht werden konnte, sondern, daß sich die beiden Partner zunächst einmal im wesentlichen darauf beschränkt haben, die gegenseitigen Kampfmaßnahmen rückgängig zu machen, um dadurch erst die stabilere Grundlage zu schaffen, von der aus es möglich sein wird, die beiden Volkswirtschaften allmählich wieder miteinander in engere Berührung zu bringen und einen weiteren vertraglichen Ausbau des Handelsverkehrs in Angriff zu nehmen. Deutschland verzichtet auf die Anwendung des Obertarifs auf Boden- und Gewerbeerzeugnisse polnischen Ursprungs; wogegen Polen u. a. auf die Anwendung der Höchstzollsätze seines am 11. Oktober v. J. in Kraft getretenen Zolltarifes auf deutsche Waren verzichtet, das für einige deutsche Waren bestehende Einfuhrverbot aufhebt und für bisher einfuhrverbotene Waren bestimmte Einfuhrkontingente gewährt. In der polnischen Presse waren in letzter Zeit Nachrichten erschienen, in denen davon die Rede war, daß Deutschland Polen bestimmte Einfuhrkontingente für Schweine, Kohle oder Naphtha einräumen werde; in einem Blatte hieß es sogar, daß Deutschland wieder eine gewisse Zahl polnischer Saisonarbeiter aufnehmen werde. Es hat sich bei diesen Meldungen um Vermutungen oder „Anregungen" einiger Blätter gehandelt, die jeder realen Grundlage entbehrten. Deutschland ist selbstverständlich nicht in der Lage, irgendein Kontingent ausländischer Arbeitskräfte bei sich unterzubringen. Es kann auch keine Rede davon sein, daß Deutschland polnische Kohle hereinnimmt. Bezüglich des Absatzes agrarischer Erzeugnisse dagegen ist Deutschland dem polnischen Partner in zweifacher Hinsicht entgegengekommen: Es hat den Polen ein Butterkontingent von 1500 To. gewährt, das u. U. auf 2000 To. erhöht werden kann; und es erleichtert den Polen den Zutritt zum Weltmarkt, indem es die Durchfuhr von lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen aus Polen nach den westeuropäischen Ländern ermöglicht. Wie hier so wird sich der polnische Außenhandel in Zukunft auch in bezug auf andere Ein- und Ausfuhrgüter wieder mehr als bisher der deutschen Vermittlung, der bisher vor allem mit Rücksicht auf Gdingen erhebliche Schwierigkeiten bereitet wurden, bedienen. Mit dem Protokoll sind zwei private Wirtschaftsabkommen verbunden: Ein zwischen den Eisenindustrien der beiden Länder getroffenes Abkommen regelt die Beteiligung Polens an der Belieferung des deutschen Marktes mit Eisen und Stahl und die deutsche Schrotteinfuhr nach Polen. Und ein zwischen den deutschen Ostseereedereien in Hamburg und der Zegluga Polska in Gdingen getroffenes Schiffahrtsabkommen schafft eine geordnete deutsch-polnische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Ostseeschiffahrt.

Es ist kaum zu erwarten, daß diese Regelung sofort eine wesentliche Steigerung des Güteraustausches zwischen Deutschland und Polen hervorrufen wird. Sie ist aber geeignet, die so dringend erwünschte Beruhigung in die gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder zu bringen. Es wird dazu führen, daß während des Zollkrieges zerrissene Fäden wieder angeknüpft werden, daß die politische Kampfstimmung abflaut, die bisher auch auf wirtschaftlichem Gebiete geherrscht hat, daß Deutschland sich handelspolitisch wieder mehr dem Osten und Polen wieder mehr dem Westen zuwendet. Das Protokoll ist der erste Schritt zum Handelsvertrag, der den Verständigungspakt vom 26. Januar wirtschaftlich untermauert, wie er durch die Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der öffentlichen Meinungsbildung geistig unterbaut werden soll.

Dr. Kredel.

Die Bevölkerungsentwicklung Niederschlesiens 1925—1933.

In den Jahren 1900—1910 ist die Bevölkerung der jetzt zur Provinz Niederschlesien gehörenden Gebiete im Durchschnitt jährlich um 0,77 v. H. gewachsen. Dagegen hat die Zunahme im Durchschnitt der Jahre 1925—1933 nur noch 0,29 v. H. betragen. Aus dieser Gegenüberstellung läßt sich mit aller Deutlichkeit erkennen, daß auch Niederschlesien nicht von dem allgemeinen bevölkerungspolitischen Niedergange, der sich im Nachkriegsdeutschland feststellen läßt, verschont geblieben ist. Am Tage der vorletzten Volkszählung (16. Juni 1925) hat die Gesamtbevölkerung Niederschlesiens 3 132 135, am Tage der letzten Volkszählung (16. Juni 1933) 3 204 427 betragen. Innerhalb der zwischen den beiden Zähltagen liegenden achtjährigen Zeitspanne hat sich die niederschlesische Bevölkerung also um 72 292 Personen vermehrt; das sind im Jahresdurchschnitt kaum 8000 Personen, eine erschreckende niedrige Zahl! Der starke Rückgang der Bevölkerungszunahme gegenüber der Vorkriegszeit erklärt sich nicht allein aus der Abnahme des Geburtenüberschusses, sondern zum nicht geringen Teil auch aus dem hohen Wanderungsverlust, den die Provinz aufzuweisen hat.

Niederschlesien hat von 1925 bis 1933 nicht weniger als 76 835 Personen durch Abwanderung verloren; d. s. 2,45 v. H seiner Gesamtbevölkerung. Dieses unerfreuliche Entwicklungsbild wird noch weiter durch die Feststellung getrübt, daß sich innerhalb der Provinz selbst eine beträchtliche Wanderung vom Lande in die Stadt vollzogen hat. Niederschlesien hat acht Stadtkreise: Breslau, Brieg, Schweidnitz, Waldenburg, Liegnitz, Glogau, Görlitz und Hirschberg. In sämtlichen acht Stadtkreisen sind während des erwähnten achtjährigen Zeitraumes Wanderungsgewinne zu verzeichnen. An der Spitze stehen die Stadtkreise Glogau, Brieg und Schweidnitz mit Gewinnen von 6,93, 6,80 und 6,27 v. H. Im ganzen haben die genannten acht Kreise von 1925—1933 einen Wanderungsgewinn von 28 266 Personen aufzuweisen; davon entfallen auf den Stadtkreis Breslau allein 14 509 Personen, also mehr als die Hälfte. Dem städtischen Wanderungsgewinn stehen durchweg Wanderungsverluste der niederschlesischen Landkreise gegenüber. In der ganzen Provinz gibt es nur einen einzigen Landkreis, Wohlau, der durch Wanderung mehr gewonnen als verloren hat. Auch dieser Gewinn hält sich in mäßigen Grenzen: nur 454 Personen. Er ist darauf zurückzuführen, daß nach Wohlau im Laufe der letzten Jahre zahlreiche Rentner, Ruhestandsbeamte, Pensionäre usw. zugezogen und dort in verstärktem Umfange auch ländliche Siedler angesetzt worden sind. Die größten Wanderungsverluste haben aufzuweisen die Landkreise Glogau (über 9 v. H. der Gesamtbevölkerung), Guhrau und Liegnitz (über 8 v. H.), Brieg, Groß-Wartenberg, Habelschwerdt, Militsch, Namslau, Schweidnitz, Jauer, Landeshut (über 7 v. H.). In 10 von den 34 Landkreisen Niederschlesiens war der Wanderungsverlust größer als der Geburtenüberschuß, so daß dort eine Abnahme der Bevölkerungszahl festzustellen ist. Es sind dies die Kreise Groß-Wartenberg, Militsch, Guhrau, Glogau, Freystadt, Trebnitz, Jauer, Habelschwerdt, Landeshut und Liegnitz. Am stärksten wurde hier der Kreis Landeshut betroffen, dessen Bevölkerung in der Zeit von 1925—1933 um fast 2000 Personen (= 3,52 v. H.) zurückging, eine Folge des Niederganges der im Kreise, namentlich in den Städten Landeshut, Liebau und Rothenburg, ansässigen Textil- und Glasindustrie. Wenn man nun noch erwähnt, daß die Bevölkerung des Kreises Namslau in dem erwähnten Zeitraum von acht Jahren nur um 20 (zwanzig!) Personen zugenommen hat, so steht man vor der Tatsache, daß (neben anderen) vor allem sämtliche niederschlesischen Grenzkreise gegen Polen eine geradezu katastrophale Bevölkerungsentwicklung durchgemacht haben. Die Volkszahl des Gebietes der Grenzkreise von Namslau bis Freystadt ist von 1925—1933 um 3862 Personen gesunken!

Vom 16. Juni 1925 bis zum 16. Juni 1933 wurden in Niederschlesien 149 127 mehr Geburten als Todesfälle gezählt. Die Stadtkreise waren an dieser natürlichen Bevölkerungsvermehrung nur in äußerst geringem Maße beteiligt. Die Großstadt Breslau, die Mitte 1925 rund 600 000 Einwohner zählte, hat in acht Jahren durch natürliche Bevölkerungsvermehrung nur 10 940 Personen gewonnen. Der Stadtkreis Brieg, der Mitte 1925 über 27 000 Einwohner hatte, nur 613 Personen. Der Stadtkreis Görlitz hat sogar mehr Todesfälle als Geburten aufzuweisen. Insgesamt ist in den acht Stadtkreisen Niederschlesiens, die Mitte 1925 zusammen etwa 922 000 Einwohner zählten, die Bevölkerung durch natürliche Zunahme um nur 15 531 Personen gestiegen; d. s. im jährlichen Durchschnitt nur um 1941 Personen! Aus diesen kurzen Angaben ist leicht zu ersehen, welche großen Aufgaben — wie überall — so auch in Niederschlesien von der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik noch zu erfüllen sind. (Obige Angaben sind entnommen dem Statistischen Sonderheft Nr. 6 der „Niederschlesischen und gesamtschlesischen Wirtschaftszahlen“ Januar bis Dezember 1933. Aufgestellt und bearbeitet im Statistischen Amt der Provinzialverwaltung. Leitung Provinzialverwaltungsrat Dr. Dietel.)

Ostland-Woche.

Eine Universität in Thorn?

Nach Mitteilungen der polnischen Presse fand unlängst in Thorn eine Konferenz maßgebender Persönlichkeiten statt, die sich mit der Frage einer akademischen Bildungsstätte für die Wojewodschaft Pommerellen befaßte. An der Konferenz nahmen u. a. teil: Der Wojewode von Pommerellen, Kirtiklis, der Bischof von Pelplin, Okoniewski, der Posener Kreisschulrat Dr. Pollak, der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Vereins in Thorn, Prälat Mankowski, der Direktor des Seedepartements, Mozdzewski, Rat Palicki aus Danzig, Vertreter des Baltischen Instituts in Thorn, des Warschauer Außenministeriums und einige andere mehr. Die Versammelten kamen, so berichtet der „Kurjer Poznanski“ vom 1. März, zu dem Ergebnis, daß eines der wichtigsten Abwehrmittel gegenüber der deutschen Propaganda eine Universität in Thorn sein könnte. „Diese Angelegenheit wurde in Anbetracht der Eröffnungen der Vertreter der maßgebenden Faktoren sogleich in reale Bahnen gelenkt. Sofort soll diese Akademie mit einer theologischen, humanistischen und juristischen Fakultät eröffnet werden. Damit die theologische Fakultät eine hinlängliche Zahl von Hörern hat, verpflichtete sich Bischof Okoniewski, das Geistliche Seminar von Pelplin nach Thorn zu verlegen. Es wurde auch die Frage der Unterbringung der Universität erörtert, welche in dem bisherigen Wojewodschaftsgebäude Räumlichkeiten erhalten soll, wofür dann ein neues Gebäude für die Wojewodschaft gebaut werden soll.“

Wieder deutsche Kassenärzte entlassen.

Bereits am 1. November v. J. wurden von den zehn deutschen Kassenärzten der Stadt Bromberg fünf entlassen. Jetzt haben noch zwei weitere, der prakt. Arzt Dr. Czablewski, und der Facharzt für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten, Dr. Pfeiffer, ihre Entlassung erhalten. Es gibt jetzt in Bromberg mit seinen etwa 10 000 Deutschen nur noch drei deutsche Kassenärzte. Insgesamt sollten 15 v. H. der Krankenkassenärzte abgebaut werden; in Bromberg sind von den deutschen Ärzten jetzt jedoch 70 v. H. entlassen worden. Im Gesamtgebiet des Ärzteverbandes Pommerellen sind 50 v. H. der deutschen Krankenkassenärzte abgebaut. Die zum 1. November v. J. entlassenen deutschen Ärzte haben auf ihre seinerzeitigen Beschwerden bis heute noch keine Antwort erhalten. Wenn polnischerseits etwa darauf hingewiesen werden sollte, daß zugleich mit den beiden Deutschen auch zwei polnische Ärzte von den Krankenkassen abgebaut worden sind, so ist darauf zweierlei zu erwidern: 1. sind die beiden abgebauten Polen Chefärzte von Krankenhäusern, die als solche festes Gehalt beziehen und in ihrer Praxis durch den Verlust des Krankenkassenauftrages keine nennenswerte Beschränkung erfahren; und 2. sind inzwischen zwei andere polnische Ärzte von den Krankenkassen neu zur Praxis zugelassen worden.

Bromberg wird in Zukunft also nur noch drei deutsche Kassenärzte haben. Noch weit schlimmer ist es in Graudenz bestellt. Hier ist sämtlichen deutschen Ärzten am 28. Februar zum 1. März ihre Kassentätigkeit aufgesagt worden. Es handelt sich um den Facharzt für Nervenkrankheiten Dr. Hoffmann und die Sanitätsräte Dr. Kilkowski, Dr. Jacob und Dr. Wetzel. Graudenz hat keine deutschen Kassenärzte mehr. Auch in Posen ist zum 1. März drei deutschen Ärzten, Sanitätsrat Dr. Mutschler, Dr. Theile und Dr. Peiser die Kassenpraxis entzogen worden.

Die polnischen Protestanten in Posen-Pommerellen.

In Graudenz erscheint seit kurzem für die polnischen evangelischen Kirchengemeinden in Pommerellen und Posen die „Evangelische Rundschau“ („Przeglond Ewangelicki“); sie wird von zwei polnischen Pastoren, Danielczyk-Graudenz und Preiß-Bromberg, herausgegeben. Das neue Organ verkündete als sein Programm den „Dienst am Vaterlande und für den polnischen Protestantismus“. Um dem Widerspruch, der für den Durchschnittspolen in dem Begriff „polnischer Protestantismus“ liegt, entgegenzutreten, betont das Blatt, daß eine große Reihe hervorragender Polen Protestanten gewesen seien; es nennt eine Anzahl von Namen, vergißt freilich hinzuzufügen, daß die Träger dieser Namen größtenteils polonisierte Deutsche gewesen sind, entweder rein deutscher Abstammung oder doch deutsch von einer Elternseite her; das Blatt nennt Rej, Modrzewski, Laski, Gregor von Zarnowitz, Sniadecki, Linde, Valerian Krasinski, den Begründer der polnischen Legionen, Dombrowski, den Verteidiger Lembergs, General Keßler, den Dichter Zeromski, den polnischen Ostpolitiker Holowko und den Postminister Boerner.

Die im „Przeglond Ewangelicki“ enthaltene Statistik weist vier polnische evangelische Pastoren aus und zwar in Posen, Bromberg, Gdingen und Graudenz, zwei Präfekten und zwar in den Seminaren in Schildberg und Soldau und insgesamt acht polnisch-evangelische Gemeinden. Die Gründung des Blattes deutet darauf

hin, daß man polnischerseits auch von der konfessionellen Seite her an eine Zermürbung des geschlossenen Blockes der protestantischen Deutschen aktiver heranzugehen gedenkt.

Singen verboten.

Acht Deutsche aus Biassowitz (Kreis Pleß) standen am 24. Februar wegen Singens deutscher Lieder vor Gericht. Ein Polizeibeamter gab an, durch diesen Gesang provoziert worden zu sein; seiner Meinung nach habe das auch bei anderen Leuten der Fall sein müssen. Daraufhin erkannte der Richter auf je fünf Tage Arrest. Der Richter heißt Szcek; früher schrieb er sich Schenk. — Ein Deutscher aus Drozowitz, Franz Kasparczyk, hatte auf der Straße deutsche Lieder gesungen. Er wurde dafür am 23. Februar vom Königshütter Bezirksgericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Freispruch im Weihnachtsliederprozeß.

Vor dem Obersten Gericht in Warschau ist der Landwirt Ernst Kernchen aus Rentzig (Kreis Kosten), der seinerzeit wegen der Einübung von Weihnachtsliedern angeklagt und verurteilt wurde, in der Berufungsverhandlung freigesprochen worden. Die Bromberger „Deutsche Rundschau“ schreibt dazu: „Es war als selbstverständlich anzusehen, daß dieses freisprechende Urteil erfolgen mußte, weil in keiner Weise darin eine Übertretung des Gesetzes zu sehen ist, wenn ein frommer und kirchlicher Mann sich um das Zustandekommen einer Weihnachtsfeier bemüht und mit den Kindern des Dorfes einige Sprüche und Weihnachtslieder einübt. Wir stellen mit Freuden fest, daß nach diesem Spruch des Gerichts kirchliche Arbeit geschehen darf, ohne daß gesetzliche Vorschriften sie einschränken.“

Judenfeindliche Ausschreitungen in Jarotschin.

Während des Wochenmarktes in Jarotschin (Posen) kam es zu einem Streit zwischen einem Käufer und einem jüdischen Händler. Die Marktbesucher mischten sich ein und es kam zu einer Schlägerei zwischen den jüdischen Händlern und den polnischen Marktbesuchern. Die Stände der Juden wurden umgeworfen und zertrümmert. Während der Schlägerei wurden 10 Personen, zumeist Juden, schwer und 50 leicht verletzt. Die herbeigeeilte Polizei räumte den Platz, der ein wüstes Bild zertrümmerter Stände und zerstreuter Waren darbot. Die Kaufleute des Ortes schlossen die Läden. Während des Tumults wurden viele Waren gestohlen. Die Juden behaupten, daß es sich um einen planmäßig ausgeführten Überfall handelte, während von polnischer Seite das herausfordernde Verhalten der zumeist aus Kongreßpolen zum Markt gekommenen jüdischen Händler als Grund angegeben wird.

Die polnische Auswanderung.

Nach den neuesten Angaben des polnischen Statistischen Hauptamtes sind im Jahre 1933 35 458 Personen aus dem polnischen Staate ausgewandert und 18 763 dorthin eingewandert. Die Wanderungsbewegung Polen—Deutsches Reich ist seit 1931, dem Jahre des Verbots der Beschäftigung von Saisonarbeitern, fast völlig zum Stillstand gekommen. Von 1927 bis 1933 wanderten nach Deutschland 352 000 Polen aus und 331 000 kehrten zurück. Die höchste Auswandererzahl wurde 1929 mit 87 250 erreicht. Daß es sich in diesem Jahre, wie überhaupt in der Zeit bis 1931, fast ausschließlich um landwirtschaftliche Saisonwanderung handelte, geht daraus hervor, daß die Rückwandererzahl aus Deutschland fast die Höhe der Auswanderung erreichte. 1932 fiel die Zahl der nach Deutschland ausgewanderten Personen steil ab und betrug nur 388. Die Auswanderung nach Deutschland im vergangenen Jahre beschränkte sich auf 701 Polen, doch wurde die Einwanderung durch die gleiche Zahl von Rückwanderern ausgeglichen. Am stärksten steigerte sich 1933 die Auswanderung nach Palästina, wohin allein 10 500 Personen, ausnahmslos Juden, abwanderten. Die gegenüber 1932 fast um das Fünffache gesteigerte Zahl läßt Palästina als beliebtes Emigrationsziel der polnischen Juden erkennen. Polen bildete vor dem Kriege wegen seiner starken Bevölkerungszunahme ein fast unerschöpfliches Reservoir für die überseeische Auswanderung wie für die Saisonarbeit in Europa. Die großen russischen und österreichischen Auswandererzahlen waren zu einem erheblichen Teil auf die Auswanderung von Personen aus den polnischen Landesteilen der beiden Kaiserreiche zurückzuführen. Von 1904 bis 1913 wanderten aus Galizien und Kongreßpolen fast 2,75 Mill. Personen nach den Vereinigten Staaten, ferner 5—10 000 jährlich nach Kanada und nach Südamerika aus. Vom 11. November 1918 bis 31. Dezember 1933 sind aus Polen 1,679 Mill. Personen ausgewandert und 795 000 zurückgekehrt. Die Zahl der im Ausland verbliebenen Polen beläuft sich damit auf rund 880 000 Personen, von denen die meisten in überseeischen Gebieten seßhaft geworden sind.

Ein schlesisches Leuna?

Von dem Gesichtspunkt ausgehend, die Industrie aufzulockern, trägt sich die Reichsregierung mit dem Gedanken, in Deutschland eine Anzahl von Kohleverflüssigungsanlagen errichten zu lassen, die natürlich standortgebunden sein müssen. So sollen neben dem schon bestehenden Leunawerk in Mitteldeutschland zwei neue Kohleverflüssigungswerke gebaut werden, deren Rohstoffbasis die Braunkohle ist. Für Westfalen mit seiner Kohlenbasis sind ebenfalls zwei derartige Anlagen vorgesehen. Da auch in Niederschlesien alle Voraussetzungen für eine Kohleverflüssigung gegeben sind, gehen die Bestrebungen der maßgebenden Stellen dahin, diesen neuen Industriezweig auch in Schlesien aufleben zu lassen. Neben dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung spielt hier vor allem auch der Gedanke der Eigenversorgung Deutschlands eine wichtige Rolle. Bis zur Erfindung von Professor Bergius war die deutsche Kraftverkehrswirtschaft völlig auf die Versorgung durch das Ausland angewiesen. Heute hat das Leunawerk bereits eine Erzeugungskapazität von etwa 100 000 Tonnen im Jahr, deckt damit aber nur einen Teil des deutschen Bedarfs. Im Waldenburger Revier ist nicht nur die Rohstoffbasis in wirklich ausreichendem Maße vorhanden, sondern auch die Frage der Baulichkeiten und der großtechnischen Voraussetzungen ist insofern gelöst, als das dortige, jetzt stilliegende große und modern eingerichtete Stickstoffwerk ohne allzu große Kosten dem neuen Industriezweig dienstbar gemacht werden kann. Das Stickstoffwerk Waldenburg gehört der I. G. Farbenindustrie, also dem Konzern, der auf dem Gebiete der Kohleverflüssigung Wegbereiter ist. Es ergeben sich durch diese Umstellung für das niederschlesische Revier neue Aufschwungsmöglichkeiten. Allein die jährliche Erzeugung von 50 000 Tonnen Treibstoff ergibt einen Mehrabsatz von etwa 100 000 bis 150 000 Tonnen festem Brennstoff (Kohle und Koks). Somit würde auch eine zweite unangenehme Begleiterscheinung für das Waldenburger Revier in Fortfall kommen, nämlich der Überschuß an Koksofengas. Die von der Waldenburger Industrie in einer Denkschrift niedergelegten Vorschläge haben bei allen maßgeblichen Stellen volles Verständnis gefunden, und Oberpräsident Gauleiter Brückner hat die Befürwortung des großzügigen Planes zugesagt.

Prince und Kupka.

In der „Oberschlesischen Tageszeitung“ veröffentlichte der frühere deutsche Abstimmungskommissar und ehemalige Landrat des Kreises Beuthen-Tarnowitz, Dr. Kurt Urbanek, anläßlich der Ermordung des Stavisky-Staatsanwaltes Albert Prince eine Erinnerung an das verbrecherische Wirken dieses französischen Juristen in dem damals von alliierten Truppen besetzten oberschlesischen Abstimmungsgebiet. Der Ermordete war damals an dem von der interalliierten Kommission eingerichteten „Besonderen Gerichtshof“ als Oberregierungsanwalt tätig. Dieser Gerichtshof war — wie Dr. Urbanek schreibt — zuständig für „die durch den Nationalitätenkampf hervorgerufenen Verbrechen und Vergehen sowie für diejenigen Verbrechen und Vergehen, die geeignet sind, sei es die öffentliche Ordnung, die Vorbereitung oder Ausführung der Volksabstimmung zu stören, sei es die Freiheit, die Aufrichtigkeit oder die Geheimhaltung der Abstimmung zu gefährden“, aber nur unter der juristisch ganz unerhörten Voraussetzung, daß der Oberregierungsanwalt — also Prince — den einzelnen Fall dem Besonderen Gericht zuweisen würde. Damit hatte der Franzose eine ungeheure Macht zugesprochen erhalten. Prince hat es verstanden, aus dem Besonderen Gericht ein politisches Willkürwerkzeug zu machen.

Genau vor 13 Jahren hat er sein Meisterstück vollbracht, indem er den einen Mörder von Teofil Kupka den Armen der Gerechtigkeit entriß. Das Wirken und das Schicksal Kupkas steht allen, die jene Zeit miterlebt haben, unauslöschlich ins Gedächtnis geschrieben. Er gehörte zu den engeren Mitarbeitern des Polnischen Plebiszitkommissars Korfanty, von dem er sich losriß, weil er das unehrliche Spiel, das mit seinem oberschlesischen Volke im Hotel Lomnitz getrieben wurde, nicht mehr mitzumachen vermochte und das Unheil kommen sah, das daraus für seine Heimat werden mußte. Er ging zu den Deutschen über und wetterte in aufwühlenden Flugblättern des von ihm begründeten Zwiazek Gornoslazakich Pracownikow Plebiszytowych mit tiefem Ingrimm gegen die „Doktorska Klika Korfantego“, gegen die „Doktorsklike um Korfanty“. Er begründete die Wola Ludu, die durch ihre Schärfen und Enthüllungen die eindrucksvollste Abstimmungszeitung geworden ist. Er wußte den Gegenspielern zu viel. Am 20. November 1920 begehrten in seiner Wohnung in Beuthen zwei Männer am hellichten Tage Einlaß, und als er die Tür öffnete, wurde er vor den Augen seiner Frau, die eben des fünften Kindes genesen war, durch vier Schüsse niedergestreckt. Der schreckliche Vorfall peitschte die Gemüter auf, und der Gerechtigkeit wurde die Genugtuung, daß es gelang, als den einen Mordgesellen den Schlosser Myrczik ausfindig und dingfest zu machen. Am 23. Februar 1921 sollte sich vor den Beuthener Geschworenen der Strafprozeß abrollen. Da forderte am Tage vorher der Oberregierungsanwalt beim Besonderen Gericht — also Prince — die Strafakten von der Staatsanwaltschaft Beuthen ein, die die Erklärung abgab, sie sei durch Gewalt gezwungen, zu weichen, und brachte die Schwurgerichtsverhandlung zur Vertagung. Die Verfügung mag Prince an demselben Datum unterzeichnet haben, dessen 13jähriger Jahrestag sein Todestag geworden ist. Der Mordbube Myrczik wurde von einem französischen Offizier und mehreren Soldaten aus dem Gefängnis geholt, und Kupkas Mord blieb ungesühnt. — Es ist schwer, nicht an das Walten einer besonderen Vorsehung zu glauben, die in so unheimlicher Weise die fernen Bluttaten von damals und von jetzt verschlungen hat.

der Hirsch und die von den beiden jüngsten Bauern von Haus zu Haus gesammelten Speisevorräte geschafft worden. Zwei junge Bäuerinnen bemühen sich nachmittags in dem verräucherten Mittelbau des gastlichen Hauses, um die Hirsch- und Hammelkeulen in den beiden Kesseln der einander gegenüberliegenden Kamine zu braten. Dabei glühen die Gesichter im Widerschein des prasselnden Feuers, denn nur wenig Kühlung spendet die viereckige Schornsteinöffnung dort oben. Schon um 8 Uhr soll das Mahl beginnen.

Schon sind hohe Säulen von Punschen (Fastnachtsbrötchen) auf den langen Tischen aufgetürmt, und bald duften dazu die herrlichen Braten. Als dann der Pfarrer und der Lehrer am Platze sind, spricht der Hausvater das Tischgebet, jeder holt die mitgebrachten Messer und Gabel hervor, und nach und nach verschwinden die köstlichen Speisen. Daneben werden auch die üblichen Hof- und Zaungäste von den Köchinnen abgefüttert. Danach stimmt der Lehrer den frommen Gesang an, und wehmütig rauschen die weichen Akkorde des „Salve regina“ hinaus in den herrlichen Winterabend. Fröhliche Unterhaltung, Kartenspiel und Tanz halten die Dörfler noch einige Stunden beisammen. Gegen Mitternacht erhebt sich der greise Priester, um allseits „Gute Nacht“ zu wünschen. Da erschallt auf der Dorfstraße auch das Horn des Nachtwächters, Feierabend gebietend, und sofort verlassen alle das gastliche Haus. — Ja, es war dieses Jahr doch ein schönes Fastnachtsfest gewesen!

Um die leichthin aufgegebene Mühlheide und den Dorfschlag kümmerte sich niemand. Sie hatten noch Wald und Land genug.

Heute wissen nur noch wenig alte Leute, wie Großmutter einst nach vererbter Überlieferung erzählt hat von dem schönen Dorffest in alter Zeit.

Max Teske.

Wolfsjagd.

Es ist schon einige Zeit darüber verflossen ... Da ritt eines Abends aus dem masurischen Dorfe Poseggen ein frischer Bub' von zehn Jahren mit den Bauernsöhnen zur Nachtweide. Heimlich hatte er sich aus dem Bett gestohlen, und sein großer Vetter hatte die nächtliche Fahrt begünstigt. Er hatte ihn aus dem Kammerfenster gehoben und ihn aufs Pferd gesetzt.

. . Es war noch viel romantischer, als er es sich ausgemalt hatte. Die Pferde, wohl dreißig bis vierzig an der Zahl, weideten ringsum auf der Wiese. Deutlich hörte man, wie sie das Gras abrupften oder mit einem heftigen Schaudern der Haut die kleinen Blutsauger scheuchten. Ein Wächter, mit einem uralten Einspänner bewaffnet, von starken Hunden begleitet, umschritt langsam die weidende Herde...

Die anderen Burschen lagen lang hingestreckt im Grase und schauten bedächtig in das lodernde Wachtfeuer oder zu dem dunklen Himmel hinauf, von dem die Sterne herabblinkten. Im Norden stand eine bleiche Röte, die das sinkende Tagesgestirn hinterlassen hatte. Langsam wanderte der matte Schein nach Norden und weiter nach Osten, bis die emporsteigende Sonne ihn aufflammen und verschwinden ließ. Das schönste waren jedoch die Baiky, die uralten Sagen und Märchen, die Jan Komossa erzählte. Er konnte die ganze Nacht erzählen, so heute wie morgen, aber noch niemals hatte er dasselbe erzählt, immer was Neues, Schöneres. Bald vom Fuchs, der dem Bauer die Fische stiehlt, oder vom dummen Teufel, dem der Hirt die Hölle wegschleppen will. Am liebsten jedoch erzählte er vom Wolf. Und dann hörten die andern am aufmerksamsten zu. Sie kannten ihn ja alle, den grauen wilden Räuber, der ihnen schon so oft ein Fohlen zerrissen hatte.

Eben hatte Janek das Märchen begonnen von dem Fuchs, der dem Wolf das Angeln auf dem Eise beibringen will, als die Hunde des Wächters anschlugen mit einem wütenden Geheul, das keiner vergißt, der es jemals gehört. Und gleichzeitig erklang ein anderer Laut, den nicht viele Menschen vernommen haben werden, der Angstschrei der Mutterstute, die ihr Fohlen an sich lockt.

Einen Augenblick herrscht unbeschreibliches Getümmel. Die Pferde brausen von allen Seiten heran und ballen sich zu einem Knäuel, die Köpfe dicht zusammengedrängt, die stahlbewehrten Hinterbeine nach außen gewendet. Mit aufgeregtem Wiehern umkreisen die Hengste den Ring. Die Burschen waren aufgesprungen, hatten schnell ein Bündel harziger Kienspäne aufs Feuer geworfen, daß sie hoch aufloderten. Nun waren sie alle davongelaufen, den brennenden Span wie eine Fackel schwingend. Nur das kleine Bürschlein war allein zurückgeblieben. Es zog auch einen Feuerbrand aus der Glut und wollte den andern nacheilen. Da sprangen zwei graue Nachttiere gegen ihn an, ein drittes umkreiste ihn. Unheimlich schimmerten ihre Augen, aus dem geifernden Maul hing rot die Zunge.

Ohne Ahnung der furchtbaren Gefahr schwang der kleine Bursch' seinen Kienspan, da stürmten auch schon die Hunde heran, ein Schuß krachte, einer der Räuber stürzte, raffte sich wieder auf und schleppte sich davon, bis die Hunde ihn ereilten und überwältigten.

Der Wolf ist als Standwild in Deutschland ausgerottet. Nur in den masurischen und litauischen Wäldern erscheint er noch manchmal zur Winterszeit. Und wehe der Wildbahn, in die ein Rudel ausgehungerter Wölfe einfällt! Ganz planmäßig jagen die Räuber! Einer nimmt die Rehfährte auf, die andern schneiden dem gehetzten Tier, das infolge eines Naturgesetzes stets in einem weiten Kreise zu seinem alten Stand zurückzukehren trachtet, den Weg ab. Der zweite, der dritte, der vierte setzt mit neuer Kraft ein, bis die Beute zur Strecke gebracht ist.

In meinem Heimatdörfchen lebte, als ich noch ein Knabe war, ein alter Waldwart, ein Sonderling, der sich allein sein Essen kochte und mit niemand Umgang pflog. Er hieß allgemein „de Barescheeter“, denn er hatte als junger Mann als Jäger eines russischen Grafen mit Meister Petz manchen harten Strauß ausgefochten. Im Jahre 1870, als die jüngeren Grünröcke alle nach Frankreich ausrückten, war er zur Aushilfe eingestellt und später beibehalten worden. Er kannte noch die jetzt ausgestorbene Kunst, den Wolf anzuheulen. Damals kam es noch nicht zu selten vor, daß ein Paar der Räuber sich zur Sommerszeit in den masurischen Wäldern ansiedelte und dort wölfte.

Niemand vermochte das Geheck der Wölfe ausfindig zu machen, als der „Barescheeter“. Unermüdlich strolchte er herum und ließ von Zeit zu Zeit das eigentümliche halblaute Geheul erschallen, mit dem die alten Räuber ihre Jungen locken, wenn sie von erfolgreicher Streife mit Atzung heimkehren. Arglos antworteten die Jungen. Dann war ihr Geschick besiegelt; denn dann fing sie der Graubart mit Hilfe seines Hundes lebendig, um sie an Liebhaber zu verkaufen.

Im Winter, wenn Mondschein war und Schnee die Erde deckte, war er keine Nacht zu Hause. Dann saß er im großen Torfbruch irgendwo auf der Lauer. Es war die Zeit, in der bald hier, bald dort ein Wolf seine Stimme zu einem schauerlich-sehnsüchtigen Geheul erhob. Mit dem richtigen Ton antwortete ihm de Barescheeter ... Ich werde es nie vergessen, wie mich der Alte, der mich gut leiden mochte, zum erstenmal mit hinausnahm in die mondhelle Winternacht. Wir saßen in einem nicht sehr großen dichten Gestrüpp. Eine Stunde oder länger regte sich nichts ...

Ich schrak plötzlich zusammen; denn mein alter Freund ließ ganz unerwartet ein schreckliches Geheul ertönen. Nie hätte ich es für möglich gehalten, daß solche Töne aus einer menschlichen Kehle kommen können. Nach einer kleinen Pause kam aus weiter Ferne die Antwort. Nun entspann sich ein Duett, das nicht viele Menschen gehört haben dürften! Immer näher kam der Wolf und umkreiste das Dickicht, in dem wir saßen. Mißtrauisch blieb er außer Schußweite stehen. Doch endlich siegte das Verlangen über die Vorsicht; er kam geradewegs auf uns zugeschnürt. Lange schon hatte der Barescheeter das Gewehr an der Backe. Jetzt krachte der Schuß ... mit unfehlbarem Erfolg.

Fritz Skowronnek.

Rätsel des deutschen Ostens.

Es ist eine seltsam schwere Frage für mich: Was bindet uns so stark an den Osten?

Es ist mir, als sollte ich ausdeuten, was mich an Vater und Mutter bindet! Solche Bindung ist, neben dem scheinbar so leicht Erklärlichen des Blutes, doch eine immer undeutbare, jenseitige.

Ich kann nur sagen, wie ich es an anderen sehe: daß dieser Ostraum, wie ein Magnet, immer wieder die Germanen neu zu sich zieht, einmal weniger, einmal mehr. Daß er sie dann wieder, neu-, junggeglüht in dem grünen Feuer seiner Ebene, an den volkreichen Westen zurückgibt — und sie wieder zu sich zieht mit seiner lockenden Weite, die sich in das grüne Wälder- und Wiesenmeer der großen Ebene verliert. Daß er immer Raum hat und haben wird — trotz Wetterungunst und Sand- und Sumpfboden —, genug, um den Landhungrigen mit Sehnsucht danach zu erfüllen, mit dem Traum jedes Preußen von Geburt an: „Auf einem Grundstück zu sitzen.“ Daß er das einzige Land ist, wo diese Sehnsucht in jedem lebt, sei er auf dem Dorfe, sei er in der Stadt geboren, weil jeder mit dem „Land“ verwandt ist: darum haben wir es nie gelernt, uns anders wie als „Kinder eines Landes“ zu fühlen, und weil es ein bedrohtes, rings von anderen und feindlichen Völkern umgebenes war, als Kinder eines „erwählten“ Landes, dessen Ehre es war, immer, was Deutschland auch traf, an erster Stelle dafür einzustehen.

Unsere Geschichte beginnt spät mit dem, was man Zahlen nennt. Aber von den Wikinggräbern an der Küste und den Ostgotengräbern im Hockerland bis zur Schlacht bei Rudau und von Rudau bis Tannenberg ist sie ein einziges großes Heldenlied — allein schon genug, um jeden, dessen Besitz sie ist, mit einem religiösen Stolz zu erfüllen.

Aber alles dieses allein ist es nicht, was uns so stark an das Land bindet. Es ist die auch von dem Schlichten so stark gefühlte Schönheit dieses Landes: die durchsichtige, unbestechliche Klarheit seiner Fernsicht, der Wind über seinen grünen Wäldern und Heiden, das funkelnde Wasser der breiten Ströme, der Seen und der See, das Wogen seiner Roggenschläge.

Es ist über allem die verjüngende Kraft einer immer jung, immer ursprünglich gebliebenen Natur, die es blieb, auch unter der Hand des Menschen, deren lebendiger Odem denen, die diese Erde bewohnen, Kraft gibt, ihre ewige Aufgabe zu erfüllen: den Westen leiblich und seelisch zu nähren und dem Osten des Westens Art zu vermitteln.

Es ist, dieses Ostland, für mich und Tausende von uns — zusammengeronnen in seinem Mutterschoß aus dem Blut aller deutschen Stämme, die alle geschwisterlich bleiben — doch die einzige Heimat, das Bett der Ruhe, wo der Staub unserer Väter, die es erkämpften, sich mit dem Staube aller Ostgermanen mischt — das Wiegenbett, das ich mir vom Schicksal erflehen werde, um wieder darin zum Leben zu erwachen —, das Land, für das es wert ist zu leben und eine Gnade, auf ihm zu sterben.

Agnes Miegel.

Die Lage in den baltischen Staaten.

Der Mitte Februar zustande gekommene Erneuerungsvertrag des lettländisch-estländischen Bündnisses sieht außer einem ständigen Rat, der zunächst die rechts- und wirtschaftspolitische Annäherung beider Staaten herbeizuführen hat, eine weitgehende Angleichung der Außenpolitik der Verbündeten vor. Künftig sollen beide Länder auf internationalen Konferenzen und auch wohl in Genf nach Maßgabe der Möglichkeit durch eine gemeinsame Abordnung vertreten sein, in jedem Fall soll aber ihr außenpolitisches Verhalten vereinheitlicht und immer nur von gemeinsamen Gesichtspunkten geleitet werden. Eine rege und enge Zusammenarbeit der diplomatischen und konsularen Vertretungen im Auslande ist in Aussicht genommen. Da einem sofortigen Abschluß einer Zoll- und Wirtschaftsunion immer noch erhebliche Schwierigkeiten im Wege stehen, so wird der gegenseitige Warenaustausch vorläufig wenigstens durch eine Erleichterung des kleinen Grenzverkehrs und andere zollpolitische Zugeständnisse gefördert werden, sowie der Zahlungsverkehr und eine Erweiterung des Clearingverhältnisses. Die Vorarbeiten zum endgültigen Wirtschaftsverein sollen energisch fortgesetzt und möglichst beschleunigt zum Abschluß gebracht werden. Besonderes Gewicht legt die anläßlich der Vertragsschließung veröffentlichte beiderseitige amtliche Erklärung auf den Umstand, daß der Beitritt zum Bündnis anderen baltischen Staaten offen steht, womit offenbar Litauen gemeint ist. Diese amtliche Verlautbarung zeigt, daß der Balkanbund Schule gemacht hat und ein Baltischer Staatenbund im Entstehen begriffen ist, der vorderhand nur aus Estland und Lettland besteht, jederzeit aber durch den Beitritt Litauens vervollständigt werden kann. Von Seiten dieses letztgenannten baltischen Staates liegt hierzu eine in mehr als einer Hinsicht bemerkenswerte und von der bisherigen Haltung unvermittelt abrückende Äußerung vor. Der litauische Ministerpräsident Dr. Zaunius hat in einer öffentlichen Ansprache anläßlich des estländischen Unabhängigkeitstages zur Frage eines baltischen Staatenblockes Stellung genommen. Wenn die bisherige amtliche Linie der litauischen Außenpolitik eine jede Unterhaltung über einen baltischen Dreibund von der vorherigen Bereinigung der Wilnafrage in einem für Litauen günstigen Sinne abhängig machte, so läßt Dr. Zaunius heute diese Vorbedingung vollkommen fallen. Der litauische Minister bezeichnet die Wilnafrage als eine reinlitauische Angelegenheit, die auf das Verhältnis Litauens zu den übrigen baltischen Staaten keinerlei Rückwirkungen haben könne. Dr. Zaunius erklärt sich für eine enge Zusammenarbeit der baltischen Staaten auf der Grundlage uneingeschränkter politischer Solidarität und macht in schroffem Gegensatz zu früher nur den einen Vorbehalt: die Verbündeten sollten sich in Zukunft außenpolitisch lediglich durch die allen gemeinsamen Belange leiten lassen und von solchen Schritten Abstand nehmen, die einem von ihnen schaden könnten. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dieser Umfall des Herrn Dr. Zaunius mit auf Pariser Einflüsse zurückzuführen ist. Darauf weist ein Artikel hin, den die halbamtliche Kauener Zeitung „Lietuvos Aidas“ aus der Feder des französischen Journalisten Henri de Chambon erscheinen läßt. Die Auslassungen Chambons gipfeln in der Feststellung, zur Sicherung des Friedens im europäischen Osten sei ein enges Bündnis zwischen Frankreich, einem neu zu begründenden baltischen Staatenblock und — der Sowjetunion dringendes Bedürfnis. Die bisherige Friedensbürgschaft im Osten, das französische Bündnis mit Polen, sei durch den deutsch-polnischen Vertrag zu einer veralteten Angelegenheit geworden und könne seiner vornehmsten Aufgabe, eben der Aufrechterhaltung des Friedens, nicht mehr im vollen Maße gerecht werden. Aus demselben Grunde würde die Kleine Entente künftig auch mehr in den Hintergrund treten. Abgerundet wird dieses Bild durch eine jüngst in der Presse auftauchende Warschauer Meldung, wonach litauische politische Kreise mit einem baldigen amtlichen Besuch des Außenkommissars der Sowjetunion Litwinow in Kauen rechneten. Ob hinter dieser Pressetätigkeit tatsächlich die Absicht einer Aktivierung der französischen Ostpolitik steht, darüber wird wohl die nächste Zukunft Klarheit schaffen, ebenso ob man in Paris eine Annäherung der baltischen Staaten an die Sowjetunion wünscht. In Lettland und Estland indessen (die Verhältnisse in Litauen liegen hier wesentlich anders) dürfte eine solche Politik Frankreich manche Sympathien kosten und in den breiten Massen des Volkes fraglos auf Verständnislosigkeit und Abwehr stoßen. Man hat das blutige Chaos der Bolschewistentage von 1919 hier noch nicht vergessen.

In der lettländischen Innenpolitik ist der am 2. März erfolgte Sturz der Regierung Blodniek das meist besprochene Ereignis. Es wäre sicher zuviel, von einem großen Ereignis zu sprechen, denn anscheinend spielt sich hier im parlamentarischen Spiel der Kräfte ein ganz alltäglicher Vorgang ab: eine von den allzuvielen Systemregierungen ist zu Fall gekommen, wie schon Dutzende ihrer Vorgängerinnen zuvor. Und doch deutet manches darauf hin, daß der Bauernbund, der die Regierung Blodniek stürzte, auf der Suche nach neuen Wegen ist, die aus dem Irrgarten des Systems herausführen sollen. Der Bauernbund, ursprünglich selbst eine ausgesprochene Stütze des Systems, gerät in jüngster Zeit immer mehr unter den Einfluß eines Kreises von jüngeren Politikern aus der eigenen Mitte und ist gegenwärtig in Lettland die einzige politische Gruppierung, die ernsthafter und mit mehr Aussicht auf Erfolg, als die nunmehr verbotene und aufgelöste Grauhemdenorganisation Pehrkonkrust, an die Erneuerung des politischen Lebens und die Aufrichtung einer autoritären Staatsführung gehen will. Diese Partei gerät dadurch ganz von selbst immer mehr in einen Gegensatz zu den ausgesprochenen Systemparteien. Der Bauernbund ist im Begriff, eine radikale Änderung der Staatsverfassung durchzusetzen, die ähnlich der estländischen Verfassung der Freiheitskämpfer der Alleinherrschaft des Parlaments ein Ende setzt. In der für Lettland wichtigen Nationalitätenfrage, gehört doch jeder vierte Lettländer zu einem nichtlettischen Volkstum, wird der Bauernbund sich von der Haß- und Verfolgungspolitik fernzuhalten wissen, die beim demokratischen Zentrum und auch bei den Anhängern des Pehrkonkrust zu Hause ist. Die Führung des Bauernbundes hat schon vor geraumer Zeit die Absicht ausgesprochen, bei der nächsten sich bietenden Möglichkeit die Verantwortung für die Staatsführung zu übernehmen, so daß die heutige Regierungskrise wohl auf ein von langer Hand vorbereitetes und planmäßiges Vorgehen der Bauernbündler zurückzuführen ist. Angesichts des auch in Lettland spürbaren Rückganges der Sozialdemokratie ist es wenig wahrscheinlich, daß Ministerpräsident Blodniek einen marxistischen Amtsnachfolger erhalten wird, obgleich die Sozialdemokratie im überalterten Landtage noch immer die stärkste Fraktion stellt. Allgemein wird eine Bauernbundregierung erwartet, die in nicht zu langer Zeit zustande kommen dürfte. Der Bauernbund an der Macht wird seine vornehmste Aufgabe darin sehen, die Verfassungsänderung unter Dach zu bringen. Es ist somit längst nicht ausgeschlossen, daß auch in Lettland die Tage der Parlamentsdemokratie bald gezählt sein werden.

Im Leben des lettländischen Deutschtums ist ein Ereignis zu verzeichnen, das als Erfolg der baltischen Erneuerungsbewegung zu werten und als solcher rückhaltlos zu begrüßen ist. In Riga hat eine neue deutsche Zeitung, die „Rigaer Tageszeitung“, unter dem Leitsatz „für Volkstum und Sozialismus“ ihr Erscheinen begonnen. Erhard Kroeger leitartikelt in der ersten Folge über die Aufgaben der jungen sozialistischen Volkstumsbewegung in Lettland in ruhiger, sachlicher und überzeugender Weise. Auch im deutschen Baltentum, so führt Kroeger aus, sei die liberale bürgerliche Gesellschaftsordnung ins Wanken geraten. Das zerfallende, in sich zerrissene deutschbaltische Volkstum könne nur durch eine neue, feste, innerlich zusammengeschweißte Volksgemeinschaft geeint werden, die nur auf dem Boden der sozialistischen Gesinnung zu verwirklichen sei. In bewußter Einseitigkeit würde sich die neue Zeitung in den Dienst dieser Aufgabe stellen und nur für die eine Idee, die Idee der neuen Zeit, werben, der alle Vorbehalte und alle alten Vorurteile zum Opfer fallen müßten. „Wir kämpfen“, sagt Kroeger, „um jeden Volksgenossen, und nicht gegen ihn.“ Und weiterhin mit einem Hinweis auf das Verhalten zu den lettischen Heimatgenossen: „Wer sein eigenes Volkstum liebt, muß fremdes achten.“ Die Möglichkeit eines innerlich reibungslosen Zusammenlebens mit dem lettischen Volke sei gegeben, sobald der „Zauberkreis des liberalistisch-bürgerlichen Denkens“ durchbrochen sei. Der Aufsatz klingt in einen Gruß an die Kämpfer der jungen Generation aus, die im Begriff seien, die lebendige Volksgemeinschaft zu erstreiten. „Was wir wollen“, so schließt Kroeger, „wird sich durchsetzen, weil es notwendig ist, weil es einfach und klar ist.“ Und weil der Weg in die neue Zeit, so wollen wir hinzufügen, der einzige Weg ist, der den baltischen Menschen zu sich selbst zurückführen, ihn das rechte Verhältnis zu den anderen deutschen Stämmen in der Welt finden und ihn endlich auch zu gedeihlichem Zusammenwirken mit den lettischen Heimatgenossen gelangen lassen wird.

Der Erneuerungsbewegung des lettländischen Baltentums stehen noch harte und entscheidende Kämpfe bevor, ehe das so gesteckte Ziel erreicht ist. Es ist noch nicht lange her, daß es den Gegnern der Bewegung in Windau gelingen konnte, durch die Abstimmung einer Zufallsmehrheit die bisher im deutschen Wählerverband an der Führung befindlichen Vertreter der jungen Generation auszuschalten und durch Systemgrößen zu ersetzen. Ein besonders eifriger Bekämpfer der Erneuerungsbewegung faßte hierbei seine Herzensüberzeugung in die bezeichnenden Worte zusammen, es könne alles ruhig beim alten bleiben. Auch diesem Volksgenossen wird es wohl mit der Zeit klar werden, wozu der Hecht im Karpfenteich gut ist.

In Estland ist die Arbeit des Untersuchungs-Ausschusses im Kriegsschiffskandal abgeschlossen, und der Bericht wird demnächst der Volksvertretung zur Beschlußfassung zugehen. Der Berichterstatter des Ausschusses gelangte hierbei zu der Auffassung, daß der Verkauf der Schiffe gesetzwidrig erfolgt sei, bei der Festsetzung des Kaufpreises äußerste Fahrlässigkeit vorliege, die zur Zeit des Verkaufs im Amte befindliche Regierung sich grobe Irreführung und Machtüberschreitung habe zuschulden kommen lassen. Daher müsse beim Parlament die Auslieferung des in erster Linie verantwortlichen damaligen Wehrministers Kerem an die Gerichtsbehörden beantragt werden. Der Untersuchungsausschuß, der durchweg aus Abgeordneten der Systemparteien zusammengesetzt ist, hat sich diese Schlußfolgerungen seines Berichterstatters nicht in vollem Umfange zu eigen gemacht. Der Ausschuß konnte allerdings nicht umhin, dem Auslieferungsantrag des Wehrministers, der heute mittelparteilicher Abgeordneter ist, zuzustimmen, da sich wesentliche Verfehlungen dieses Funktionärs schlechterdings wohl nicht leugnen lassen, hat jedoch im Gegensatz zum Gutachten des Berichterstatters im Verkauf der Schiffe an sich keine Gesetzesverletzung festgestellt. Der Ausschuß hat auf Antrag des Berichterstatters ferner beschlossen, dem Parlament eine Wunschäuße-

rung zur Beschlußfassung vorzulegen, wonach die im Zusammenhang mit dem Schiffsverkauf im Wehrministerium und in der Staatskontrolle zutage getretenen **Mißbräuche** abzustellen seien.

Der **Wahlfeldzug zu den Präsidenten- und Parlamentswahlen**, zu dem der Kriegsschiffskandal den Systemgegnern höchst willkommenes Propagandamaterial liefert, ist im übrigen munter im Gange. Zu den drei bisherigen Präsidentschaftskandidaten, **Larka**, **Laidoner** und **Päts**, ist doch noch wider Erwarten ein vierter, der Marxist **Rei**, hinzugetreten. Die Marxisten haben sich in letzter Stunde, unmittelbar vor Ablauf der Nennungsfrist, zu diesem Schritt entschlossen, obwohl sie selber mit einem Wahlerfolg nicht rechnen. Sie hoffen indessen, den Freiheitskämpfern Abbruch zu tun, da eine Wahlenthaltung der marxistischen Wähler den Freiheitskämpfern den Erfolg im ersten Wahlgang, bei dem die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheidet, wesentlich erleichtert hätte. Allem Anschein nach wird die Entscheidung im zweiten Wahlgang fallen. Zu den Landtagswahlen, die zum erstenmal nach dem neuen Wahlgesetz nach finnländischem Muster auf Grund von Dreimännerwahllisten stattfinden, sind nicht weniger als 581 solcher Dreierlisten mit insgesamt 1700 Kandidaten aufgestellt worden, von denen 50 in den neuen Landtag einziehen werden.

Als rein **politische Kampfmaßnahme** des im Parlament eben noch herrschenden Systems ist das neue Gesetz zu betrachten, das den berufsmäßigen Angehörigen der Wehrmacht, also den Offizieren und Kapitulanten, jede politische Betätigung verbietet. Ein ähnliches ist für die Polizeibeamten zu erwarten. Durch diese Maßnahmen des Systems erhält die im Lande verbreitete Ansicht, als habe die Freiheitskämpferbewegung in Heer und Polizei zahlreiche Anhänger, eine eigenartige Bestätigung.

Auch die **deutsche Bevölkerung Estlands** steht im Zeichen von Wahlen. Der im Zusammenhang mit der Unterdrückung der nationalsozialistischen Bewegung im November v. J. von der Regierung aufgelöste **deutsche Kulturrat** ist am 4. März neugewählt worden. Für die Geschicke des estländischen Deutschtums entbehrt dieser Wahlvorgang jeglicher Bedeutung, da die wahre Überzeugung der deutschbaltischen Wähler Estlands infolge der regierungsseitig erfolgten gewaltsamen Ausschaltung der baltischen Erneuerungsbewegung nicht in Erscheinung treten konnte. Der neue Kulturrat wird infolgedessen seiner Zusammensetzung nach **nicht als wahre Vertretung** des estländischen Deutschtums anzusprechen sein und nicht das Recht haben, im Namen dieses deutschen Stammes seine Stimme zu erheben. Dasselbe gilt von den beiden **deutschbaltischen Kandidaten**, die von einer Delegiertenversammlung der Deutschbaltischen Partei für die kommenden Parlamentswahlen aufgestellt sind, da die Ernennung auch dieser Deutschtumsvertreter ohne Mitwirkung der baltischen Erneuerungsbewegung zustande gekommen ist.

Rbs.

Buchbesprechungen.

Ein Buch vom deutschen Bauerntum.

Der Nationalsozialismus hat die von der völkischen Bewegung lange geforderte **Neuwertung des Bauerntums** erfüllt. Wir in der Ostmark haben gewußt, was wir am Bauern, am Siedler hatten. Uns war es klar: wem der Boden gehörte, dem gehörte das Land. Wir hätten nicht soviel alten deutschen Kulturboden im Weichsel- und Warthegau eingebüßt, wenn hier der Bauer Herr des Landes gewesen wäre. Darum empfanden wir es als einen Rückgang unserer Kraft, daß die Bamberger Bauern um Posen schutzlos der Polonisierung anheimgefallen waren; darum zweifelten wir an dem Werk der Ansiedlungskommission, die nur Halbes leistete und den Boden der Ostmark noch mehr zur Ware degradierte, als er es im Zeitalter des Liberalismus ohnehin schon war.

Deutschlands innere Auferstehung beginnt mit einer neuen und nun endgültigen **Bauernbefreiung**. Was im 16. und im 19. Jahrhundert (Bauernkriege, Stein) versucht worden war, soll nun Wirklichkeit werden. Der Nationalsozialismus bedeutete ja auch die letzte Möglichkeit einer Rettung des Bauern. Ostflucht und Landflucht entvölkerten unsere ländlichen Gebiete. Das Börsenkapital und eine volksfeindliche Steuergesetzgebung trieben die Menschen von der Scholle. Nun ist die Wende gekommen.

Der Bauer ist nicht mehr ein Bürger 2. Klasse. „Bauer" ist Ehrenname geworden. R. Walther Darré hat als **Reichsbauernführer** die entscheidenden Maßnahmen zum Aufbau des Landstandes in die Hand genommen.

In seinem grundlegenden Werk: „**Das Bauerntum als Lebensquell der nordischen Rasse**" (3. Auflage 1933, München, bei J. F. Lehmanns Verlag, Preis 8 RM., gebd. 10 RM.) weist er darauf hin, daß die gestaltende Kraft unserer Geschichte von dem Menschen nordischer Prägung ausgeht, und daß die Entnordung des Volkes und namentlich des Landvolkes zum Untergang auch des Reiches führen muß. Er umspannt in seinem Buch die Jahrtausende von den vorgeschichtlichen und indogermanischen Epochen bis zur Gegenwart. Hier werden die Begriffe Rasse, Blut, Boden zu lebensvoller Wirklichkeit. Ein weltgeschichtliches Bild von grandiosem Ausmaß bietet sich uns dar. Er faßt das Problem als nicht historisch, sondern biologisch, züchterisch an. Und so ergeben sich Gedankengänge, die der Liberalismus niemals erkannt oder gar anerkannt hatte, die aber zum **Wesensgefüge des Nationalsozialismus** gehören. Bauerntod ist Volkestod. Als Volk siechen und sterben wir, wenn wir dem vieltausendjährigen Gesetz des Lebens untreu werden.

Darré selbst, einer vor 250 Jahren nach Preußen eingewanderten Emigrantenfamilie aus Nordfrankreich (wo das germanische Blut noch wirksam war) entstammend, ist selbst der Typus des nordischen Menschen und berufen, als treuer Kamerad des Führers deutsches Leben neu zu gestalten. Sein **Erbhofgesetz** dient diesem Ziel. — Die 3. Auflage des außerordentlich wertvollen Werkes ist von Karl **Motz** durchgesehen worden.

Dr. **Franz Lüdtke**.

*

Der Justizstreik in Oberschlesien während der Besetzungszeit im Jahre 1920. Zugleich ein Beitrag zur Lehre von der friedlichen Besetzung. Von Landgerichtsdirektor i. R. **Georg Langer**. Carl Heymanns Verlag Berlin 1934. 95 Seiten. — Ein Richter, der den Kampf um die Geltung des deutschen Rechtes während der Zeit der interalliierten Besetzung Oberschlesiens aktiv an führender Stelle mitgemacht hat, stellt in diesem Buch einen bedeutsamen Abschnitt aus dem harten Abwehrkampf des oberschlesischen Deutschtums dar. Unter Verletzung der Bestimmungen des Versailler Diktats versuchte die Interalliierte Kommission die Rechtspflege des oberschlesischen Abstimmungsgebietes von der preußisch-deutschen Rechtspflege zu trennen; deutsche Richter, die sich ihren unzulässigen Eingriffen widersetzten, verwies sie des Landes. Gegen diese Bedrohung der Rechtssicherheit setzten sich die deutschen Richter geschlossen zur Wehr, indem sie am 14. April 1920 in den Streik traten, den sie erst nach fast zwei Monaten, am 8. Juni, beendeten, nachdem General Le Rond, der französische Vorsitzende der IAK, auf seine wesentlichsten Forderungen hinsichtlich der Entdeutschung der Rechtspflege im Abstimmungsgebiet verzichtet hatte. Das „Besondere Gericht" bei der IAK blieb freilich nach wie vor bestehen und hat mit seinem französischen Oberregierungsanwalt Prince (der in Langers Buch fälschlich Poncet genannt wird) eine für das Deutschtum verhängnisvolle Rolle gespielt. Im ersten, geschichtlichen Teil seines Buches schildert Langer Entstehung, Verlauf und Beendigung des Justizstreiks; im zweiten Teil untersucht er dessen juristische Berechtigung und völkerrechtliche Bedeutung; er erörtert hier u. a. die Verstöße gegen den Art. 88 des Versailler Diktats, die sich die IAK hinsichtlich der deutschen Rechtspflege hat zuschulden kommen lassen; er prüft die Rolle, die in diesem Zusammenhange die (niemals ratifizierten) „Pariser Bestimmungen" über die Tätigkeit der interalliierten Kommissionen in den drei ostdeutschen Abstimmungsgebieten gespielt haben; und er vergleicht die damalige Lage in Oberschlesien mit der Lage im Generalgouvernement Belgien im Jahre 1918 und im besetzten Frankreich 1872/73. Langer hat mit seinem Buche einen wertvollen Beitrag zur Leidensgeschichte des oberschlesischen Landes geliefert; er hat dem deutschen Richterstande, der dem Staate die Treue bewahrte und einen vorbildlichen Gemeinschaftssinn in der Abwehr feindlicher Maßnahmen offenbarte, ein ehrendes Denkmal gesetzt. Über die politische Seite seiner Schrift sagt er selbst: „Sollte Deutschland noch einmal seinen Gegnern die Rechnung um das unglückliche Land Oberschlesien aufmachen, so soll es in dieser Schrift einen Beitrag dazu finden."

Dr. K.

*

„Deutschland zwischen Nacht und Tag." Herausgegeben von **Friedrich Heiß**. Volk und Reich Verlag GmbH. Berlin 1934. Ganzleinen 6,60 RM. Ein Buch von starker Eindruckskraft. Das Deutschland vom Weltkriege bis zum Durchbruch der nationalsozialistischen Revolution wird hier in geschickter Vereinigung von Text, Bild und Karte geschildert. Krieg und Zusammenbruch, roter Aufruhr und Wirtschaftsverfall, Friedensdiktate und Abrüstung, Einkreisung durch Haß und Verleumdung, zermürbender Hunger und entnervender Luxus, Dollfuß und Hakenkreuz — so wird die Zeit des Zusammenbruches und des Niederganges geschildert. Aber während das Alte zerfällt, bildet sich im wartenden Land aus dem gesunden Blut deutscher Menschen eine neue Gemeinschaft. In wundervollen Bildern deutscher Landschaft und charakteristischen Bildern deutscher Bauern und Arbeiter wird diese Bereitschaft und dieser verborgene Wille zum Aufbau und zur Zukunft geschildert. Von hier begann der sieghafte Durchbruch der nationalsozialistischen Revolution. Bilder von der unerhörten Wucht und dem schicksalmeisternden Mut dieser Bewegung leiten über zur Darstellung des gewaltigen Aufbauwerkes der zur Macht gelangten neuen Generation: Arbeitsdienst, Siedlung und Landhilfe, Förderung der privaten Wirtschaft, Sozialismus der Tat. Das Ringen nach neuen Formen architektonischen Ausdrucks, Arbeit als sittliche Kraft, Ehrfurcht vor dem Großen der Vergangenheit und Wille zum Neuen. Ein Querschnitt durch den Gesamtbereich deutschen Lebens, der den vielgestaltigen Tag des deutschen Volkes in schönsten Bildern vor dem Leser ausbreitet. Das Buch ist Erinnerung und Mahnung, es ist Zeugnis für Bereitschaft und Einsatz, es ist Glaube an Führung und Zukunft eines befreiten Deutschland, es ist ein Dokument deutschen Wollens zu kraftvollem, aber friedlichem Aufbau. Man soll dieses Buch, das in über 300 Bildern und Karten den Gang deutschen Lebens schildert, oft zur Hand nehmen. Man findet in ihm den Rhythmus der neuen Zeit und ein tiefes Verstehen der ewigen Kraft der deutschen Nation. Es ist aus dem Ringen des Tages entstanden; und es besitzt, wie dieses Ringen werteschaffende Zukunft bedeutet, selbst bleibenden Wert.

Dr. K.

(Fortsetzung von Seite 119)

Buchbesprechungen.

„Der Todeskampf der Ostmark 1918/1919.“ Geschichte eines Grenzschutzbataillons von Karl Stephan. 3. Auflage. Schneidemühl, Comenius-Buchhandlung.

Endlich ist das seit langem vergriffene, immer wieder gefragte Werk des alten Grenzschutzkämpfers Leutnant Stephan wieder erschienen! Der Nationalsozialismus mit seinem sieghaften Durchbruch ermöglichte es, daß dies Buch nun wieder zu den Ostmärkern sprechen darf. Im Vorwort zur 3. Auflage rühmt der Verfasser, daß Bauern und Siedler es waren, die aus ihrer blutbedingten Verbundenheit mit der Scholle den Kampf um die Ostmark wagten, als Deutschland im Chaos zu versinken drohte. Zeugen hierfür sind die 270 Toten und Verwundeten des Grenzschutzbataillons III, dessen Heldentum dies (mit zahlreichen Bildern der Mitkämpfer ausgestattete) Buch erzählt. Durch diese Schilderungen wird ein Mann im besonderen der grenzmärkischen Bevölkerung nahegebracht, einer der Tapfersten und Treuesten, der Leutnant Arno Manthey, jetzt Bauernführer der Grenzmark Posen-Westpreußen und Präsident der Landwirtschaftskammer, damals ein von seinen Soldaten vergötterter Führer.

Das Buch Karl Stephans gibt die Vorgeschichte der Grenzschutzkämpfe, ein Bild des nationalen Erwachens in der Ostmark und eine packende Schilderung der Kämpfe um Schubin, Guldenhof, Zenin, Labischin, Netzwalde und Hopfengarten. Dann folgt der Bericht über den Schlußakt der Tragödie, den Verrat, den das Weimarer System an unserer Heimat beging. Packend, oft drastisch, humorvoll, immer volkstümlich — und im tiefsten erschütternd ist dies Buch geschrieben, mit dem Herzblut eines deutschen Mannes und Kämpfers! Wir danken ihm, und wir grüßen ihn.

Dr. L.

*

Versammlungen.

Ortsgruppe Bln.-Reinickendorf: Monatsversammlung am Donnerstag, 15. März, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Georg Sadau, Residenzstraße 124.

Familiennachrichten.

Gestorben: Landschaftsmaler A. Sturm in Lagow, am 21. 2., 88 J. (In zahlreichen Bildern hat Sturm die märkische Landschaft, ganz besonders die ihm ans Herz gewachsene Umgebung Lagows dargestellt; sein Schaffen hat nicht wenig dazu beigetragen, die Schönheiten Lagows weiten Kreisen bekanntzumachen und so an seinem Teil mit zu dem Aufschwung beizutragen, den Lagow in den letzten Jahrzehnten genommen hat; der im Jahre 1925 aus Anlaß seines 80. Geburtstages zum Ehrenbürger der Stadt ernannte Künstler hat auch mehrere Jahre lang der Stadt seine Dienste als Ratsmann zur Verfügung gestellt.)

Verlag: Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30, Motzstraße 22 — Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortl. für die Schriftl.: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G.m.b.H., Berlin SW. 68, Zimmerstr. 7/8 — D. A. IV 8300.